

Die Situation ehrenamtlicher Bürger- meisterinnen und Bürgermeister 2026

Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	1
1 Struktur der Stichprobe.....	2
2 Allgemeine Rahmenbedingungen des Ehrenamtes.....	5
3 Strukturelle Rahmenbedingungen und Gestaltungsspielraum.....	14
4 Wichtigste Herausforderungen für die Kommunen.....	17
5 Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort.....	24
6 Anerkennung und Wertschätzung im Amt.....	26
7 Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen.....	28
8 Die Kommunikation vor Ort.....	37
9 Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts.....	40
10 Zentrale Ergebnisse der Befragung 2026.....	47

Vorbemerkung

Im Auftrag der Körber-Stiftung hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren eine Befragung von ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Deutschland durchgeführt.

Im Rahmen der Befragung, die inhaltlich in weiten Teilen an die 2024 vorgestellte Befragung anschloss, wurden die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu den allgemeinen Rahmenbedingungen zur Ausübung ihres Amtes, zu ihren Gestaltungsspielräumen, zu den wichtigsten Herausforderungen für die Kommunen, zur gesellschaftlichen Stimmung vor Ort, der Anerkennung und Wertschätzung im Amt, ihren Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen, der Kommunikation vor Ort sowie ihren Einschätzungen zur Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts und den Möglichkeiten zur Gewinnung von Nachwuchskräften befragt.

Durch die inhaltliche Fortschreibung eines Großteils der Fragestellungen können die Ergebnisse im Zeitverlauf miteinander verglichen und Veränderungen (oder auch Kontinuitäten) aufgezeigt werden.

Im Rahmen der aktuellen Untersuchung wurden insgesamt 1.705 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen) repräsentativ befragt.

Die Erhebung wurde vom 27. Oktober 2025 bis zum 13. Januar 2026 als Online-Befragung durchgeführt.

Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

1 Struktur der Stichprobe

Aufgrund der unterschiedlichen Regelungen in den Kommunalverfassungen der Bundesländer und der großen Unterschiede bei der Zahl der Gemeinden zwischen einzelnen Ländern gibt es in einigen Bundesländern recht viele, in anderen nur wenige und in einigen Bundesländern überhaupt keine ehrenamtlich tätigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Dementsprechend entfällt über ein Drittel der durchgeführten Interviews mit ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf Gemeinden in Rheinland-Pfalz (38 %).

Jeweils 15 Prozent der befragten Amtsträgerinnen und Amtsträger sind in Bayern bzw. Schleswig-Holstein, 10 Prozent in Niedersachsen tätig.

Jeweils weniger als 10 Prozent der Befragten sind Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin einer Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern (8 %), Thüringen (5 %), Brandenburg (4 %), Sachsen (2 %), Sachsen-Anhalt (2 %) oder Baden-Württemberg (1 %).

48 Prozent der Befragten sind Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin einer Gemeinde mit weniger als 1.000 Einwohnern. 32 Prozent stehen einer Gemeinde mit 1.000 bis 2.000 Einwohnern vor, 20 Prozent einer Gemeinde mit 2.000 oder mehr Einwohnern.

Struktur der Stichprobe I: Bundesland und Ortsgröße

		%
Bundesland:	Baden-Württemberg	1
	Bayern	15
	Brandenburg	4
	Mecklenburg-Vorpommern	8
	Niedersachsen	10
	Rheinland-Pfalz	38
	Sachsen	2
	Sachsen-Anhalt	2
	Schleswig-Holstein	15
	Thüringen	5
Ortsgröße (Einwohner/innen):	unter 1.000	48
	1.000 bis unter 2.000	32
	2.000 und mehr	20

Unter den Befragten finden sich – wie auch unter hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern – deutlich mehr Männer (83 %) als Frauen (17 %).

Nur sehr wenige der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind jünger als 40 Jahre (6 %).

16 Prozent sind zwischen 40 und 49 Jahre, 30 Prozent zwischen 50 und 59 Jahre.

Fast die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (47 %) ist 60 Jahre oder älter.

Struktur der Stichprobe II: Geschlecht, Alter, Wohndauer im Ort

		%
Geschlecht:	Männer	83
	Frauen	17
	„divers“	0
Alter:	unter 40 Jahre	6
	40 bis unter 50 Jahre	16
	50 bis unter 60 Jahre	30
	60 bis unter 70 Jahre	36
	70 Jahre und älter	11

jeweils an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

Insgesamt 9 Prozent der Befragten haben einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss.

31 Prozent haben einen mittleren Bildungsabschluss und insgesamt 58 Prozent verfügen über Abitur oder einen Hochschulabschluss.

Zwei Drittel (66 %) sind neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin erwerbstätig. Ein Drittel (34 %) geht keiner Erwerbstätigkeit nach.

Struktur der Stichprobe III: Bildungsabschluss, Erwerbstätigkeit

		%
Bildungsabschluss:	ohne Haupt-/ Volksschulabschluss	*
	Haupt- oder Volksschulabschluss	9
	Mittlere Reife, Abschluss der Polytechnischen Oberschule	31
	Abitur, Fachhochschulreife	20
	Fach-/Hochschulabschluss	38
	anderer Abschluss	2
Erwerbstätigkeit:	ja, in Vollzeit	47
	ja, in Teilzeit	19
	nein	34

jeweils an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

* = unter 1 Prozent

45 Prozent der befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind Mitglied einer politischen Partei, 27 Prozent sind Mitglied einer Wählergemeinschaft oder eines lokalen Bündnisses.

2 Allgemeine Rahmenbedingungen des Ehrenamtes

Zu Beginn der Befragung wurden die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wie bereits in der vergangenen Erhebung danach gefragt, wie zufrieden sie insgesamt mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit sind.

Wie die folgende Übersicht zeigt, ist das Meinungsbild der Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen genauso gespalten wie vor zwei Jahren: Die Hälfte der Befragten (49 %) ist mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes insgesamt zufrieden, die andere Hälfte (50 %) ist damit hingegen eher oder sehr unzufrieden.

Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den westlichen Bundesländern sind dabei deutlich häufiger mit dem Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zufrieden als Befragte in den neuen Bundesländern.

Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich in dieser Frage weiterhin zwischen einzelnen Bundesländern: Während jeweils eine große Mehrheit in Bayern (66 %) und in Schleswig-Holstein (62 %) sich mit den Rahmenbedingungen zufrieden zeigt, ist in Rheinland-Pfalz und Thüringen jeweils nur eine Minderheit zufrieden.

Unterschiede im Hinblick auf die Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen zeigen sich auch – wenn auch nicht ganz so ausgeprägt wie zwischen einzelnen Bundesländern – in Abhängigkeit von den persönlichen Merkmalen der Befragten. So sind jüngere Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber häufiger unzufrieden mit den Rahmenbedingungen als die älteren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Und diejenigen, die neben ihrem Amt noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind ebenfalls seltener zufrieden mit den Rahmenbedingungen als diejenigen, die das nicht tun.

Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen des Amtes

Mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit sind derzeit alles in allem

		sehr / eher zufrieden	eher / sehr unzufrieden
		%	%
insgesamt	2024	49	50
	2026	49	50
Ost		41	59
West		53	47
Schleswig-Holstein		62	37
Niedersachsen		56	44
Rheinland-Pfalz		43	57
Bayern		66	34
Mecklenburg-Vorpommern		50	50
Thüringen		38	62
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	49	51
	1.000 bis u. 2.000	53	47
	2.000 und mehr	44	55
Männer		50	49
Frauen		44	56
30 bis 39 Jahre		40	59
40 bis 49 Jahre		46	54
50 bis 59 Jahre		47	53
60 bis 69 Jahre		52	47
70 Jahre und älter		58	42
Erwerbstätigkeit:	ja	46	53
	nein	55	45

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Nur wenige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (12 %) schätzen den zeitlichen Aufwand für die Ausübung ihres Amtes auf unter 10 Stunden in einer durchschnittlichen Woche ein.

38 Prozent der Befragten wenden nach eigener Schätzung wöchentlich 10 bis 20 Stunden für ihr Amt auf; 26 Prozent 20 bis 30 Stunden.

Fast jede/r vierte Befragte (23 %) investiert in einer durchschnittlichen Woche mindestens 30 Stunden in die Ausübung des Amtes.

Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Gemeinden mit mindestens 2.000 Einwohnern investieren deutlich häufiger 30 Stunden und mehr in ihr Amt als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kleinerer Gemeinden.

Mit Abstand am häufigsten geben allerdings weiterhin die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern an, mindestens 30 Stunden pro Woche für ihr Amt aufzuwenden.

Zeitlicher Aufwand für das Amt

Den zeitlichen Aufwand für die Ausübung ihres Amtes schätzen in einer durchschnittlichen Woche auf (Stunden)

		unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	40 und mehr
		%	%	%	%	%	%	%	%
insgesamt	2024	15	18	16	14	11	8	7	11
	2026	12	20	18	15	11	8	7	8
<hr/>									
Ost		15	23	19	16	12	6	3	5
West		12	18	18	14	12	9	8	9
<hr/>									
Schleswig-Holstein		13	19	25	16	15	4	4	4
Niedersachsen		17	35	21	12	6	3	3	3
Rheinland-Pfalz		16	22	20	15	9	9	5	4
Bayern		1	1	2	8	17	17	22	32
Mecklenburg-Vorpommern		15	23	20	20	10	7	2	3
Thüringen		22	31	18	17	8	0	0	3
<hr/>									
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	19	27	20	14	8	4	4	4
	1.000 bis unter 2.000	5	12	18	14	16	13	10	11
	mindestens 2.000	5	10	13	16	13	12	14	17
<hr/>									
Erwerbstätigkeit:	ja	15	22	20	14	11	6	7	5
	nein	9	14	15	17	13	11	7	14

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Eine große Mehrheit von 69 Prozent der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister berichtet, dass sie mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit im Amt mit reinen Verwaltungsaufgaben verbringen: Fast die Hälfte (47 %) schätzt den Anteil der reinen Verwaltungsaufgaben an ihrer Arbeitszeit auf 50 bis 74 Prozent, rund ein Fünftel sogar auf 75 Prozent und mehr.

Dass sie weniger als die Hälfte ihrer Arbeitszeit auf Verwaltungsaufgaben aufwenden müssen, gibt nur knapp ein Drittel (31 %) an.

Im Durchschnitt liegt der Anteil der Arbeitszeit, der für reine Verwaltungsaufgaben aufgebracht werden muss, bei 54 Prozent.

Bemerkenswert ist, dass die Einschätzung zur Belastung durch Verwaltungsaufgaben in allen Regionen und Gemeindegrößen relativ ähnlich ausfällt.

Wie viel Zeit muss mit reinen Verwaltungsaufgaben verbracht werden?

Den Anteil der Verwaltungsaufgaben ihrer Arbeitszeit als Bürgermeister/in schätzen auf

		unter 25 Prozent %	25 bis unter 50 Prozent %	50 bis unter 75 Prozent %	75 Prozent und mehr %	Mittelwert
insgesamt		6	25	47	22	54
Ost		9	33	40	18	49
West		5	23	50	22	54
Schleswig-Holstein		5	30	49	16	51
Niedersachsen		12	24	42	22	50
Rheinland-Pfalz		5	18	50	27	57
Bayern		3	27	54	16	53
Mecklenburg- Vorpommern		8	38	36	18	49
Thüringen		4	39	41	15	50
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	7	24	46	23	54
	1.000 bis u. 2.000	4	24	52	20	54
	mindestens 2.000	7	26	49	18	52

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Fast drei Viertel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (72 %) berichten zudem, dass der Anteil der Verwaltungsaufgaben bei der Ausführung ihres Amtes in den letzten Jahren zugenommen hat.

Nur 18 Prozent sehen das anders und berichten von keiner Veränderung.

Dass der Anteil der Verwaltungsaufgaben in den letzten Jahren abgenommen habe, meinen weniger als 1 Prozent.

Hat der Anteil der Verwaltungstätigkeiten zugenommen?

Der Anteil der Verwaltungsaufgaben hat in den letzten Jahren ...

		zugenommen	ist in etwa gleich geblieben	abgenommen
		%	%	%
insgesamt		72	18	*
Ost		68	25	0
West		73	17	1
Schleswig-Holstein		78	17	0
Niedersachsen		73	21	1
Rheinland-Pfalz		66	17	1
Bayern		85	14	*
Mecklenburg- Vorpommern		63	29	0
Thüringen		63	28	0
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	69	20	*
	1.000 bis u. 2.000	81	15	1
	mindestens 2.000	69	20	*

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

* = Anteil unter 1 Prozent

Weiterhin hält es etwas mehr als die Hälfte (54 %) der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter den derzeitigen Bedingungen grundsätzlich für sinnvoll, das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde ehrenamtlich auszuüben.

39 Prozent meinen, dass Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in ihrer Gemeinde – unter sonst gleichen Rahmenbedingungen – besser hauptamtlich tätig sein sollten.

Wie bereits vor zwei Jahren fallen die Meinungen in dieser Frage je nach Bundesland, Ortsgröße und zeitlichem Aufwand für das Amt sehr unterschiedlich aus.

Je größer die Gemeinde und je größer der zeitliche Aufwand für die Ausübung des Amtes, desto häufiger wird die Ansicht vertreten, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eher hauptamtlich tätig sein sollten.

Was ist sinnvoller für das Amt: Ehrenamtliche oder hauptamtliche Tätigkeit?

Unter den derzeitigen Bedingungen in ihrer Gemeinde

		halten es grundsätzlich für sinnvoll, das Amt des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin ehrenamtlich auszuüben	sollten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister besser hauptamtlich tätig sein
		%	%
insgesamt	2024	53	42
	2026	54	39
Ost		53	43
West		56	38
Schleswig-Holstein		77	17
Niedersachsen		62	32
Rheinland-Pfalz		50	42
Bayern		45	52
Mecklenburg-Vorpommern		61	35
Thüringen		49	44
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	63	27
	1.000 bis unter 2.000	48	49
	mindestens 2.000	34	61
Zeitlicher Aufwand (Stunden):	unter 10	83	11
	10 bis unter 20	67	26
	20 bis unter 30	46	46
	30 und mehr	27	67

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Um ihr Amt effektiv bzw. noch besser ausüben zu können, wären den ehrenamtlichen Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern zwei Formen der Unterstützung besonders wichtig: eine generelle Entlastung bei Verwaltungsaufgaben (60 %) und eine Unterstützung durch Fördermittelmanager (51 %), etwa durch die Verbandsgemeinde oder den Landkreis.

38 Prozent fänden (auch) eine Anpassung der Aufgaben und Zuständigkeiten, jeweils 29 Prozent (mehr) digitale Ausstattung oder Verwaltungssoftware bzw. eine persönliche Assistenz oder Geschäftsstelle und 24 Prozent einen Austausch mit anderen ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern hilfreich und wichtig, um ihr Amt besser ausüben zu können.

Weiterbildungen und Schulungen wären für 18 Prozent und das Recht auf einen Schriftführer in Ausschuss-Sitzungen für 14 Prozent eine hilfreiche Unterstützung.

Unterschiede zeigen sich in dieser Frage zwischen Ost und West bei der Priorisierung der beiden am häufigsten genannten Unterstützungsformen: So wäre Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern im Osten die Unterstützung durch Fördermittelmanager noch häufiger wichtig (65 %) als ihren Amtskolleginnen und -kollegen in den westlichen Bundesländern (48 %).

Generell zeigt sich: Je größer der Zeitaufwand für Verwaltungsaufgaben, desto stärker der Wunsch nach einer generellen Entlastung bei Verwaltungsaufgaben, einer Anpassung der Aufgaben, einer besseren digitalen Ausstattung und einer persönlichen Assistenz.

Welche Unterstützungsmöglichkeiten wären für eine effektivere Ausübung des Amts hilfreich?

Folgende Formen der Unterstützung wären wichtig und hilfreich, um ihr Amt besser ausüben zu können:	insgesamt	Anteil Verwaltungsaufgaben					
		Ost	West	unter 25 Prozent	25 bis unter 50 Prozent	50 bis unter 75 Prozent	75 Prozent und mehr
	%	%	%	%	%	%	%
generelle Entlastung bei Verwaltungsaufgaben	60	53	61	30	46	65	73
Unterstützung durch Fördermittelmanager (durch Verbandsgemeinde, Landkreis)	51	65	48	39	51	52	52
Anpassung der Aufgaben und Zuständigkeiten	38	36	39	28	35	38	45
(mehr) digitale Ausstattung/ Verwaltungssoftware	29	35	29	21	23	32	33
Persönliche Assistenz / Geschäftsstelle	29	27	30	21	24	32	31
Austausch mit ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern	24	28	23	24	25	24	21
(mehr) Weiterbildungen oder Schulungen	18	18	18	22	15	17	22
Das Recht auf einen Schriftführer in Ausschuss-Sitzungen	14	12	14	7	10	16	15

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

3 Strukturelle Rahmenbedingungen und Gestaltungsspielraum

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden wie in der letzten Erhebung gebeten, verschiedene Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu bewerten.

Wie die folgende Übersicht zeigt, ergibt sich auch in diesem Jahr ein ähnliches Gefälle unter den verschiedenen Rahmenbedingungen. So wird die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung wie auch die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat von einer sehr großen Mehrheit von 83 bzw. 81 Prozent als gut oder sehr gut beschrieben. Nur eine Minderheit der Amtsinhaber/innen bewertet hingegen ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um größere Vorhaben zu planen und voranzubringen (33 %), die finanzielle Situation ihrer Gemeinde (30 %) sowie die Unterstützung durch die Bundes- und Landespolitik (9 %) als gut, eine große Mehrheit hingegen als weniger gut oder schlecht.

Während sich an der (positiven) Bewertung der Zusammenarbeit mit Gemeindeverwaltung und Gemeinderat sowie der (negativen) Bewertung der Landes- und Bundespolitik nichts verändert hat, ist die Unzufriedenheit mit der finanziellen Situation der eigenen Gemeinde noch größer als bereits vor zwei Jahren. Regelrecht eingebrochen ist gegenüber der letzten Erhebung allerdings der Anteil der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (von 51 auf 33 Prozent), die mit ihren eigenen Gestaltungsspielräumen für größere Vorhaben zufrieden sind.

Bewertung der Rahmenbedingungen des Amtes I

Folgende Rahmenbedingungen bewerten als:		(sehr) gut %	weniger gut/ schlecht %
die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung	2024	80	19
	2026	83	16
die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat	2024	81	16
	2026	81	16
ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um größere Vorhaben zu planen und voranzubringen	2024	51	48
	2026	33	67
die finanzielle Situation der Gemeinde	2024	38	62
	2026	30	70
die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik	2024	10	87
	2026	9	88

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Bei der Bewertung der Rahmenbedingungen zeigen sich zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West keine größeren Unterschiede.

Bewertung der Rahmenbedingungen des Amtes II

Folgende Rahmenbedingungen bewerten als (sehr) gut:	insgesamt	Ost	West
	%	%	%
die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung	83	79	84
die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat	81	79	83
ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen	33	29	33
die finanzielle Situation der Gemeinde	30	26	31
die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik	9	10	9

Etwas größere Unterschiede zeigen sich in der Bewertung der Rahmenbedingungen zwischen den einzelnen Bundesländern.

So beurteilen die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber in Bayern die Zusammenarbeit mit ihrer Gemeindeverwaltung noch häufiger (93 %) als gut bzw. sehr gut als ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern.

Deutlichere Unterschiede zeigen sich bei der Bewertung der eigenen Gestaltungsspielräume und der Unterstützung durch die Landes- und die Bundespolitik.

Während noch 47 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben planen und voranzubringen als gut bewerten (bei ähnlich schlechter Bewertung der finanziellen Lage wie in den anderen Bundesländern), tun dies in den anderen Bundesländern deutlich weniger.

Und auch der Anteil der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ihre Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik als gut bezeichnen, ist in Bayern mit 21 Prozent (wenn auch auf niedrigem Niveau) noch deutlich größer als in den anderen Bundesländern.

Bewertung der Rahmenbedingungen des Amtes III

Folgende Rahmenbedingungen bewerten als (sehr) gut:	insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern	MV	Thüringen
	%	%	%	%	%	%	%
die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung	83	85	86	79	93	80	80
die Diskussionskultur und die Zusammenarbeit der politischen Gruppen im Gemeinderat	81	83	87	82	81	72	82
ihre eigenen Gestaltungsspielräume, um Vorhaben zu planen und voranzubringen	33	31	39	28	47	27	27
die finanzielle Situation der Gemeinde	30	32	32	31	30	25	38
die Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik	9	10	5	5	21	12	11

4 Wichtigste Herausforderungen für die Kommunen

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden zunächst wieder offen und ohne Antwortvorgaben um eine Einschätzung gebeten, welche Themen und Probleme sie und ihre Gemeinde in den kommenden Jahren am meisten herausfordern werden.

Wie bereits 2024 werden auch in diesem Jahr an allererster Stelle finanzielle Probleme der Gemeinde (58 %) – also z.B. fehlende Förderungen, zu hohe Ausgaben oder generell ein Haushaltsdefizit – genannt.

Andere Herausforderungen – wie etwa die Infrastruktur (24 %), Schulen, Kindergärten und Kitas (12 %) oder die Herausforderungen durch die Bürokratie (11 %) folgen erst mit großem Abstand.

Damit überlagert die Finanznot in diesem Jahr noch deutlicher als bereits 2024 alle anderen Herausforderungen, mit denen die Gemeinden aus Sicht der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sonst noch konfrontiert sind.

Die größten Herausforderungen für die eigene Gemeinde in den nächsten Jahren (offene Abfrage)

Folgende Themen und Probleme werden die Gemeinde in den kommenden Jahren am meisten herausfordern:	2024	2026
	%	%
Finanzen, Finanzielle Probleme	56	58
Infrastruktur	36	24
Schulen/Kindergärten/Kitas	27	12
Bürokratie	17	11
Energieversorgung	22	7
Wohnraum/Immobilien	16	7
Demografischer Wandel	12	6
Personal-/Fachkräftemangel (auch in der Verwaltung)	13	6
Klimawandel/ Klimaschutz	13	4
Feuerwehr	5	4
Verhalten der Menschen zueinander	3	2
Digitalisierung/Modernisierung	3	2
Politische Entfremdung und Radikalisierung	4	1
Unternehmensansiedlung	2	1
Medizinische Versorgung	3	1
Geflüchtete/Einwanderung/Integration	8	1

offene Abfrage; aufgeführt sind Nennungen ab 1 Prozent

Anschließend wurden den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern konkrete Themen und Probleme vorgelegt mit der Bitte einzuschätzen, inwieweit diese in den kommenden Jahren eine Herausforderung für ihre Gemeinde darstellen werden.

Als große oder sehr große Herausforderungen für die eigene Gemeinde in den kommenden Jahren sieht eine Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister fehlende Haushaltsmittel (88 %), den Erhalt der Wirtschaftskraft (80 %), die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende (75 %), den demographischen Wandel und die Schaffung einer altersgerechten Gemeinde (jeweils 68 %) und die Bewältigung des Fachkräftemangels (52 %).

Wie sehr die Finanznot der Gemeinden alle anderen Themen überlagert, zeigt das Ergebnis, dass „fehlende Haushaltsmittel“ von 61 Prozent (und damit als einziges der abgefragten Themen von einer Mehrheit) als „sehr große“ Herausforderung für ihre Gemeinde eingestuft werden.

Alle anderen Themen hält jeweils eine mehr oder weniger große Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für weniger große oder geringe Herausforderungen für ihre Gemeinde.

Einschätzungen zu verschiedenen Themen und Herausforderungen I – gestützte Abfrage

Die jeweiligen Themen werden in den nächsten Jahren für die eigene Gemeinde eine	sehr große Herausforderung	große Herausforderung	weniger große Herausforderung	keine große Herausforderung
	%	%	%	%
fehlende Haushaltsmittel	61	27	10	2
Wirtschaftskraft	30	50	17	3
die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende	28	47	19	5
der demographische Wandel	20	48	25	6
die Schaffung einer altersgerechten Gemeinde	15	53	28	4
Fachkräftemangel	13	39	33	12
die Wahrung der lokalen Identität	12	35	37	14
Vereinsamung	8	33	45	12
Wohnungsknappheit	9	30	43	17
soziale Ungleichheit	7	30	47	13
Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde	10	26	41	21
Strukturwandel, Abwanderung	9	27	41	22
Rechtsradikalismus	8	27	36	27
Aufnahme von Geflüchteten	8	20	43	24

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Bei einzelnen Themen- und Problembereichen zeigen sich recht deutliche Verschiebungen in der Priorisierung gegenüber der letzten Erhebung vor zwei Jahren.

Bleiben die fehlenden Haushaltsmittel 2026 wie bereits 2024 die größte Herausforderung aus Sicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, halten aktuell jeweils deutlich weniger als noch 2024 die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende (75 statt 89 Prozent), den Fachkräftemangel (52 gegenüber 65 Prozent), die Wohnungsknappheit (39 statt 51 Prozent) und insbesondere die Aufnahme von Geflüchteten (28 Prozent 2026 gegenüber 58 Prozent 2024) für eine große oder sehr große Herausforderung für die eigene Gemeinde.

Einschätzungen zu verschiedenen Themen und Herausforderungen II

Folgende Themen werden in den kommenden Jahren für ihre Gemeinde eine (sehr) große Herausforderung:	insgesamt		Ost	West
	2024 %	2026 %	%	%
fehlende Haushaltsmittel	86	88	93	87
Wirtschaftskraft	77	80	84	79
die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende	89	75	81	75
der demographische Wandel	66	68	77	67
die Schaffung einer altersgerechten Gemeinde *	-	68	68	69
Fachkräftemangel	65	52	54	53
die Wahrung der lokalen Identität	51	47	52	47
Vereinsamung	40	41	48	40
Wohnungsknappheit	51	39	28	43
soziale Ungleichheit	43	37	42	37
Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde	39	36	40	36
Strukturwandel, Abwanderung	35	36	49	33
Rechtsradikalismus **	35	35	32	35
Aufnahme von Geflüchteten	58	28	22	29

* neu abgefragt;

** leicht angepasste Formulierung (2024: „Rechtsradikalismus, Reichsbürger o.ä.“)

Die meisten Themen – insbesondere der demographische Wandel, Strukturwandel und Abwanderung sowie Vereinsamung – werden von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ostdeutschland (noch) häufiger als große Herausforderungen für die nächsten Jahre eingestuft als von den Amtsinhaber/innen in Westdeutschland. Ein umgekehrtes Bild zeigt sich nur bei der Wohnungsknappheit, die im Osten deutlich seltener als Problem benannt wird, sowie – in geringerem Maße – auch bei der Aufnahme von Geflüchteten.

Wie bereits 2024 zeigen sich je nach Themenbereiche gewisse Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, wobei bei den wichtigsten Problembereichen (fehlende Haushaltsmittel, Wirtschaftskraft und Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende) länderübergreifend ein sehr einhelliges Meinungsbild besteht.

Der demographische Wandel macht Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in ostdeutschen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (noch) häufiger Sorgen als den Kolleginnen und Kollegen in den westlichen Bundesländern. Ähnliches gilt für das Thema Strukturwandel und Abwanderung.

Der Fachkräftemangel wird etwas häufiger in Niedersachsen und Bayern als große Herausforderung genannt, das Thema Wohnungsknappheit besonders häufig in Schleswig-Holstein.

Einschätzungen zu verschiedenen Themen und Herausforderungen III

Folgende Themen werden in den kommenden Jahren für ihre Gemeinde eine (sehr) große Herausforderung:	insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen
	%	%	%	%	%	%	%
fehlende Haushaltsmittel	88	86	89	85	89	94	90
Wirtschaftskraft	80	79	72	79	85	86	82
die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende	75	78	78	75	71	84	82
der demographische Wandel	68	60	70	68	67	76	86
die Schaffung einer altersgerechten Gemeinde	68	60	68	70	74	67	77
Fachkräftemangel	52	53	61	49	58	53	49
die Wahrung der lokalen Identität	47	40	51	50	40	49	51
Vereinsamung	41	35	45	43	36	47	52
Wohnungsknappheit	39	54	40	39	44	32	27
soziale Ungleichheit	37	31	36	39	35	40	48
Verrohung des Umgangs innerhalb der Gemeinde	36	27	38	37	40	37	44
Strukturwandel, Abwanderung	36	24	32	36	34	45	58
Rechtsradikalismus	35	33	38	36	33	39	21
Aufnahme von Geflüchteten	28	34	32	24	32	24	20

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden anschließend anhand einer Liste von Bereichen um eine Einschätzung gebeten, in welchen Bereichen der technischen und sozialen Infrastruktur sie in ihrer Gemeinde in den kommenden Jahren besonderen Investitionsbedarf sehen.

Wie bereits vor zwei Jahren sehen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch Anfang 2026 am häufigsten (66 %) einen dringenden Investitionsbedarf in ihrer Gemeinde bei den Verkehrswegen (Straßen, Bahnlinien, Schifffahrtswege).

Die Hälfte sieht auch dringenden Investitionsbedarf bei Orten für Begegnung und Austausch (50 %) sowie beim Unterhalt der Feuerwehr (49 %).

40 Prozent oder mehr sehen bei sich vor Ort auch dringenden Investitionsbedarf bei den Kindertagesstätten (45 %), der medizinischen Versorgung (44 %) und der digitalen Infrastruktur (40 %).

Wo besteht künftig der größte Investitionsbedarf vor Ort? I

In folgenden Bereichen müsste in ihrer Gemeinde in den nächsten Jahren besonders dringend investiert werden:

	insgesamt		Ost	West
	2024 %	2026 %	%	%
Verkehrswege (Straßen, Bahnlinien, Schifffahrtswege)	67	66	72	66
Orte für Begegnung und Austausch (z.B. Begegnungszentrum, Kulturhaus, Gemeindezentrum)	48	50	55	49
Unterhalt Feuerwehr, Fuhrpark	51	49	67	45
Kindertagesstätten	60	45	38	47
medizinische Versorgung	43	44	44	45
digitale Infrastruktur und Kommunikation	48	40	42	40
Schulen, Bildungseinrichtungen	41	35	38	35
öffentlicher Personennahverkehr	39	34	46	32
Freizeit- und Sporteinrichtungen, Bäder	32	34	44	32
Leistungsfähigkeit der Verwaltung	38	33	43	31
Katastrophenschutz	28	31	28	33
Energie- und Wasserversorgung	40	28	26	30
Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen	30	26	24	27
Entsorgungseinrichtungen (Abwasser, Müllentsorgung, Recycling)	21	19	11	21
Polizei	5	5	8	5

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Jeweils ein Drittel hält Investitionen in Schulen, den ÖPNV, Freizeit- und Sporteinrichtungen, in die Leistungsfähigkeit der Verwaltung und den Katastrophenschutz für besonders dringlich.

Als noch weniger dringlich werden derzeit Investitionen in die Energie- und Wasserversorgung (28 %), in Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen (26 %), in Entsorgungseinrichtungen (19 %) und insbesondere in die Polizei (5 %) erachtet.

Vergleicht man die aktuelle Prioritätenliste der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit den Ergebnissen von 2024, dann fällt auf, dass Investitionen in Kindertagesstätten (45 zu 60 Prozent), in die digitale Infrastruktur (40 vs. 48 Prozent) und in die Energie- und Wasserversorgung (28 gegenüber 40 Prozent) heute als deutlich weniger dringlich eingestuft werden als noch vor zwei Jahren.

Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber in Ostdeutschland sehen (wie bereits 2024) bei sich vor Ort deutlich häufiger Investitionsbedarf beim Unterhalt der Feuerwehr, beim ÖPNV, bei Freizeit- und Sporteinrichtungen und bei der Leistungsfähigkeit der Verwaltung als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen. Umgekehrt sehen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Westen häufiger als im Osten dringenden Investitionsbedarf bei Kindertagesstätten und bei Entsorgungseinrichtungen.

Einige Bereiche der Infrastruktur werden von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in einzelnen Regionen besonders häufig als „investitionsbedürftig“ genannt – so z.B. der Unterhalt von Feuerwehr und Fuhrpark in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, Kindertagesstätten und die medizinische Versorgung besonders häufig in Rheinland-Pfalz, die digitale Infrastruktur in Thüringen, der Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein und die Entsorgungseinrichtungen in Bayern.

Wo besteht künftig der größte Investitionsbedarf vor Ort? II

In folgenden Bereichen müsste in ihrer Gemeinde in den nächsten Jahren besonders dringend investiert werden:	insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen
	%	%	%	%	%	%	%
Verkehrswege (Straßen, Bahnlinien, Schifffahrtswege)	66	68	76	63	67	75	59
Orte für Begegnung und Austausch (z.B. Begegnungszentrum, Kulturhaus, Gemeindezentrum)	50	46	50	56	35	59	51
Unterhalt Feuerwehr, Fuhrpark	49	74	42	28	60	71	56
Kindertagesstätten	45	38	39	56	42	22	41
medizinische Versorgung	44	30	44	55	35	42	28
digitale Infrastruktur und Kommunikation	40	25	42	44	40	31	56
Schulen, Bildungseinrichtungen	35	46	36	28	41	39	21
öffentlicher Personennahverkehr	34	35	47	27	29	46	41
Freizeit- und Sporteinrichtungen, Bäder	34	33	39	33	24	37	39
Leistungsfähigkeit der Verwaltung	33	22	36	31	33	34	48
Katastrophenschutz	31	49	34	28	27	23	34
Energie- und Wasserversorgung	28	28	22	23	53	27	25
Kranken- und Altenpflegeeinrichtungen	26	15	30	30	30	24	21
Entsorgungseinrichtungen (Abwasser, Müllentsorgung, Recycling)	19	28	11	8	53	7	11
Polizei	5	5	4	6	0	6	1

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

5 Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort

Wie in der ersten Befragung vor zwei Jahren wurden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch in diesem Jahr um eine Einschätzung zur gesellschaftlichen Stimmung in ihrer Gemeinde und dem Verhältnis zwischen der Kommunalpolitik und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gebeten.

Unverändert positiv ist das Meinungsbild unter den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Hinblick auf das Vertrauen der Bevölkerung in die handelnden Akteure vor Ort: So sind wie vor zwei Jahren nahezu alle befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (92 %) der Meinung, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung hat.

Und unverändert vier von fünf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (80 %) sind der Ansicht, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger für notwendige politische Entscheidungen Verständnis haben – auch wenn einige Gruppen damit nicht zufrieden sind.

Rückläufig – von 61 auf 51 Prozent – ist gegenüber 2024 der Anteil der Befragten, die berichten, dass sich unter den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend Unmut und Unzufriedenheit verbreitet.

Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort I

Die jeweiligen Aussagen treffen auf die eigene Gemeinde zu ...		voll und ganz/ eher	eher nicht/ überhaupt nicht
		%	%
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung.	2024	93	5
	2026	92	7
Für notwendige politische Entscheidungen haben die meisten Bürgerinnen und Bürger Verständnis - auch wenn einige Bürgergruppen damit nicht zufrieden sind.	2024	81	18
	2026	80	19
Unter den Bürgerinnen und Bürgern verbreitet sich zunehmend Unmut und Unzufriedenheit.	2024	61	39
	2026	51	48
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger interessiert sich für das politische Geschehen vor Ort.	2024	50	50
	2026	44	56
In meiner Gemeinde gibt es vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen.	2024	17	82
	2026	22	77

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Weniger verbreitet als vor zwei Jahren ist allerdings auch die Einschätzung, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich für das politische Geschehen vor Ort interessiert: Meinten dies 2024 noch 50 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sind es aktuell 44 Prozent.

Aktuell berichten etwas mehr (22 %) als noch 2024 (17 %), dass es in ihrer Gemeinde vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen gibt.

Gewisse Unterschiede zeigen sich beim gesellschaftlichen „Lagebild“ vor Ort durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zwischen den einzelnen Bundesländern:

So geben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen deutlich seltener an, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger vor Ort für notwendige politische Entscheidungen Verständnis hätten und berichten zugleich am häufigsten von sich verbreitendem Unmut.

Am größten ist das Interesse am politischen Geschehen vor Ort nach Einschätzung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern und in Thüringen.

Von einer Zunahme demokratiefeindlicher Tendenzen berichten am häufigsten Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber in Mecklenburg-Vorpommern, am seltensten hingegen in Schleswig-Holstein.

Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort II

Folgende Aussagen treffen auf ihre Gemeinde voll und ganz bzw. eher zu:	insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen
	%	%	%	%	%	%	%
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung.	92	97	93	92	92	91	89
Für notwendige politische Entscheidungen haben die meisten Bürgerinnen und Bürger Verständnis - auch wenn einige Bürgergruppen damit nicht zufrieden sind.	80	88	84	81	91	72	65
Unter den Bürgerinnen und Bürgern verbreitet sich zunehmend Unmut und Unzufriedenheit.	51	36	42	49	49	68	73
Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger interessiert sich für das politische Geschehen vor Ort.	44	33	37	40	59	47	54
In meiner Gemeinde gibt es vermehrt demokratiefeindliche Tendenzen.	22	16	26	20	23	28	24

6 Anerkennung und Wertschätzung im Amt

Die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden wie bereits in der ersten Erhebung 2024 danach gefragt, wie stark sie sich persönlich für ihr Engagement durch verschiedene Gruppen und Akteure anerkannt und wertgeschätzt fühlen.

Wie die folgende Übersicht zeigt, ergeben sich in dieser Frage nur bei einem Akteur Veränderungen – den Medien.

Eine unverändert große Mehrheit der Befragten fühlt sich durch den Gemeinderat (85 %), durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde (80 %) sowie durch die Gemeindeverwaltung (77 %) (sehr) stark wertgeschätzt.

Noch weniger als vor zwei Jahren (20 Prozent gegenüber 28 Prozent) fühlen sich mittlerweile durch die Medien stark wertgeschätzt.

Weiterhin am seltensten (13 %) fühlen sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die eigene Landesregierung anerkannt und wertgeschätzt.

Anerkennung und Wertschätzung durch verschiedene Akteure I

Durch die jeweiligen Gruppen und Akteure fühlen sich anerkannt und wertgeschätzt		(sehr) stark	weniger stark/ gar nicht
		%	%
durch den Gemeinderat	2024	83	16
	2026	85	14
durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde	2024	83	17
	2026	80	19
durch die Gemeindeverwaltung	2024	76	22
	2026	77	21
durch die Medien	2024	28	66
	2026	20	74
durch die Landesregierung	2024	14	81
	2026	13	83

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Zwischen Ost- und Westdeutschland insgesamt zeigen sich in dieser Frage kaum oder allenfalls sehr geringe Unterschiede.

Anerkennung und Wertschätzung durch verschiedene Akteure II

Durch folgende Akteure fühlen sich (sehr) stark anerkannt und wertgeschätzt:	insgesamt	Ost	West
	%	%	%
durch den Gemeinderat	85	87	85
durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde	80	80	80
durch die Gemeindeverwaltung	77	76	78
durch die Medien	20	18	21
durch die Landesregierung	13	10	15

Fallen die Einschätzungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Sachen Wertschätzung durch den Gemeinderat und durch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den einzelnen Bundesländern recht ähnlich aus, fühlen sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern deutlich häufiger durch die Gemeindeverwaltung, durch die Medien und insbesondere auch ihre Landesregierung anerkannt und wertgeschätzt als die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber in den anderen Bundesländern.

Anerkennung und Wertschätzung durch verschiedene Akteure III

Durch folgende Akteure fühlen sich (sehr) stark anerkannt und wertgeschätzt:	insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen
	%	%	%	%	%	%	%
durch den Gemeinderat	85	87	87	86	80	84	83
durch die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde	80	82	81	77	86	81	75
durch die Gemeindeverwaltung	77	81	77	71	91	75	75
durch die Medien	20	24	22	16	30	20	15
durch die Landesregierung	13	27	3	7	32	16	7

7 Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen

Ein Bestandteil auch der aktuellen Befragung waren Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – z.B. Beleidigungen, Bedrohungen, tätliche Übergriffe oder ihnen geltende Sachbeschädigungen.

37 Prozent der Befragten geben an, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihrer Tätigkeit als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin beleidigt oder bedroht worden sind – 2 Prozent berichten (auch) von tätlichen Angriffen.

Bei 62 Prozent ist beides noch nicht vorgekommen.

Damit ist der Anteil der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die von Übergriffen berichten, gegenüber 2024 zumindest nicht weiter gestiegen.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern waren am häufigsten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz dagegen am seltensten von Übergriffen betroffen.

Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber zwischen 40 und 59 Jahren haben wiederum häufiger Übergriffe erlebt als jüngere oder ältere Kolleginnen und Kollegen.

Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen

Aufgrund ihres Amtes sind selbst oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden

		ja, beleidigt/ bedroht %	ja, tätlich angegriffen %	nein %
insgesamt		37	2	62
Ost		40	2	59
West		36	2	63
Schleswig-Holstein		31	1	69
Niedersachsen		33	1	67
Rheinland-Pfalz		35	1	65
Bayern		48	2	51
Mecklenburg- Vorpommern		41	3	59
Thüringen		41	1	58
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	34	2	65
	1.000 bis u. 2000	43	2	57
	mindestens 2.000	39	2	60
Männer		37	2	63
Frauen		40	2	59
30 bis 39 Jahre		35	0	65
40 bis 49 Jahre		43	3	57
50 bis 59 Jahre		40	2	59
60 bis 69 Jahre		34	1	64
70 Jahre und älter		32	2	68
Parteimitglied:	ja	40	2	59
	nein	35	2	64

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen bei „ja“ möglich

Wenn die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber beleidigt oder bedroht wurden, geschah dies nach Auskunft der Betroffenen vor allem im persönlichen Kontakt bzw. in direkter Begegnung (78 %).

Etwas mehr als die Hälfte (53 %) berichtet daneben von Beleidigungen bzw. Bedrohungen durch E-Mails, Beiträge in sozialen Netzwerken oder einer anderen digitalen Veröffentlichung.

29 Prozent der von Beleidigungen und Bedrohungen betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben diese Anwürfe per Brief oder Fax erreicht.

Auf welchem Weg fand die Beleidigung/Bedrohung statt?

Es wurden schon einmal beleidigt oder bedroht ...

		im persönlichen Kontakt/ in direkter Begegnung	durch E-Mails, in sozialen Netzwerken oder einer anderen digitalen Veröffentlichung	per Brief oder Fax
		%	%	%
insgesamt		78	53	29
Männer		80	53	30
Frauen		72	55	28
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	80	44	24
	1.000 bis unter 2.000	77	59	32
	mindestens 2.000	74	70	42

Basis: Befragte die Anfeindungen bzw. Übergriffe erlebt haben; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Wie bereits 2024 berichtet weiterhin nur eine Minderheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (13 %), die bereits Erfahrungen mit Anfeindungen oder Übergriffen gemacht haben, dass dies häufig vorgekommen sei.

Bei 86 Prozent der Betroffenen war dies eher oder sehr selten der Fall.

Häufigkeit der Anfeindungen und Übergriffe

Dass sie selbst oder Personen aus ihrem privaten Umfeld solche Anfeindungen oder Übergriffe erleben, kommt vor

		sehr häufig	eher häufig	eher selten	sehr selten
		%	%	%	%
insgesamt	2024	2	15	57	26
	2026	1	12	58	28
<hr/>					
Ost		3	16	55	25
West		1	10	58	30
<hr/>					
Männer		1	12	58	28
Frauen		2	15	55	26
<hr/>					
unter 60 Jahre		1	14	56	28
60 Jahre und älter		1	10	61	28

Basis: Befragte die Anfeindungen bzw. Übergriffe erlebt haben
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Die Hälfte (48 %) der von Anfeindungen und Übergriffen betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gibt an, sich dadurch sehr bzw. relativ stark belastet zu fühlen.

Die andere Hälfte (51 %) fühlt sich dadurch weniger oder gar nicht belastet.

Von Anfeindungen und Übergriffen betroffene Bürgermeisterinnen geben mit 64 Prozent deutlich häufiger an als ihre männlichen Kollegen mit 45 Prozent, sich durch die erfahrenen Beleidigungen, Bedrohungen bzw. Angriffe stark belastet zu fühlen.

Belastung durch Anfeindungen und Übergriffe

Die Anfeindungen und Übergriffe belasten

		sehr stark	relativ stark	eher weniger	überhaupt nicht
		%	%	%	%
insgesamt	2024	12	38	42	7
	2026	11	37	42	9
Ost		14	39	38	8
West		12	34	43	11
Männer		10	35	44	11
Frauen		19	45	32	3
unter 60 Jahre		14	36	39	10
60 Jahre und älter		8	38	45	8

Basis: Befragte die Anfeindungen bzw. Übergriffe erlebt haben
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

An Rückzug aus der Politik aufgrund von Sicherheitsbedenken denkt wie auch vor zwei Jahren nur eine Minderheit der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

14 Prozent aller befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben aus Sorge um ihre Sicherheit bzw. die ihrer Familie schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen.

84 Prozent haben dies noch nicht getan.

Von denjenigen, die bereits Anfeindungen oder Übergriffe erlebt haben, haben allerdings bereits 33 Prozent aufgrund von Sicherheitsbedenken schon einmal einen Rückzug aus der Politik erwogen.

Rückzug aus der Politik aufgrund von Sicherheitsbedenken?

Aus Sorge um Ihre Sicherheit bzw. die ihrer Familie haben schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen

		ja	nein
		%	%
insgesamt	2024	13	85
	2026	14	84
Ost		19	80
West		14	86
Schleswig-Holstein		10	90
Niedersachsen		13	86
Rheinland-Pfalz		14	85
Bayern		17	83
Mecklenburg-Vorpommern		14	85
Thüringen		25	75
Männer		14	85
Frauen		18	79
30 bis 39 Jahre		12	86
40 bis 49 Jahre		21	78
50 bis 59 Jahre		16	82
60 bis 69 Jahre		12	87
70 Jahre und älter		8	91
Beleidigungen bzw. Bedrohungen erlebt:	ja	33	65
	nein	3	96

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

In der aktuellen Befragung wurden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister um eine Einschätzung gebeten, als wie hilfreich sie verschiedene Maßnahmen bewerten, um sie besser vor Bedrohungen und Übergriffen zu schützen.

Am wichtigsten wären aus Sicht der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber eine (generell als unzureichend empfundene) Unterstützung durch die Bundes- und die Landespolitik (80 %) und Unterstützung durch den Stadt- bzw. Gemeinderat vor Ort (75 %).

Eine Verschärfung des Strafrechts in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen (70 %) sowie die Unterstützung durch Verbände wie den Deutschen Städte- und Gemeindebund oder den Deutschen Städtetag (68 %) hält ebenfalls eine große Mehrheit für wichtige Maßnahmen.

Mehr Angebote für Prävention werden von der Hälfte (51 %) der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als hilfreiche Maßnahme für mehr Resilienz angesehen.

Geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Bedrohungen und Übergriffen I

Um Bürgermeister/-innen besser vor Bedrohungen und Übergriffen zu schützen, wären folgende Maßnahmen	sehr wichtig	wichtig	weniger/ überhaupt nicht wichtig
	%	%	%
Unterstützung durch die Bundes- und Landespolitik	41	39	13
Unterstützung durch den Stadt- bzw. Gemeinderat vor Ort	33	42	19
eine Verschärfung des Strafrechts (in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen)	34	36	24
Unterstützung durch Verbände wie den Deutschen Städte- und Gemeindebund oder den Deutschen Städtetag	23	45	25
mehr Angebote für Prävention	12	39	39

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Bürgermeisterinnen halten alle abgefragten Maßnahmen (noch) häufiger als ihre männlichen Kollegen für wichtig bzw. sehr wichtig.

Befragte, die bereits selbst Beleidigungen bzw. Bedrohungen erlebt haben, halten ebenfalls alle Maßnahmen noch häufiger für wichtig als Amtsträgerinnen und Amtsträger, die bislang noch keine Übergriffe erlebt haben. Dies gilt insbesondere für eine Verschärfung des Strafrechts in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen.

Geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Bedrohungen und Übergriffen II

Um Bürgermeister/-innen besser vor Bedrohungen und Übergriffen zu schützen, wären folgende Maßnahmen (sehr) wichtig:	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	Beleidigungen bzw. Bedrohungen erlebt:	
						ja	nein
						%	%
Unterstützung durch die Bundes- und Landespolitik	80	81	82	80	83	83	78
Unterstützung durch den Stadt- bzw. Gemeinderat vor Ort	75	73	76	73	83	80	71
eine Verschärfung des Strafrechts (in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen)	70	70	70	68	76	78	64
Unterstützung durch Verbände wie den Deutschen Städte- und Gemeindebund oder den Deutschen Städtetag	68	68	70	66	74	73	64
mehr Angebote für Prävention	51	45	53	48	66	53	49

8 Die Kommunikation vor Ort

Die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (50 %) nutzt nach eigener Einschätzung häufig oder sehr häufig soziale Medien zur Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Gemeinde.

30 Prozent nutzen gelegentlich soziale Medien zur Kommunikation mit der Bevölkerung vor Ort, 20 Prozent tun das selten oder nie.

Nutzung sozialer Medien zur Kommunikation mit den Bürgern/Bürgerinnen

Zur Kommunikation mit den Bürger/-innen nutzen in ihrer Funktion als Bürgermeister/-in soziale Medien

		sehr häufig	häufig	gelegentlich	selten	nie
		%	%	%	%	%
insgesamt		17	33	30	13	7
Ost		19	33	29	11	8
West		18	32	31	13	6
Schleswig-Holstein		16	32	29	17	6
Niedersachsen		15	28	36	13	7
Rheinland-Pfalz		21	35	28	11	5
Bayern		13	30	34	13	9
Mecklenburg-Vorpommern		16	36	29	9	9
Thüringen		27	33	23	11	6
30 bis 39 Jahre		23	33	25	14	5
40 bis 49 Jahre		25	32	24	12	7
50 bis 59 Jahre		19	32	30	11	8
60 bis 69 Jahre		12	34	33	15	6
70 Jahre und älter		16	35	28	14	7
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	17	33	30	13	6
	1.000 bis u. 2.000	19	34	29	11	7
	2.000 und mehr	15	32	31	14	8

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Fast ein Drittel (29 %) der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die soziale Medien grundsätzlich für die Kommunikation mit ihren Bürgerinnen und Bürgern vor Ort nutzen, haben schon darüber nachgedacht, dies nicht mehr zu tun.

Überdurchschnittlich häufig geben dies Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sowie diejenigen an, die Beleidigungen und Bedrohungen erlebt haben.

Wurde darüber nachgedacht, soziale Medien nicht mehr für die Kommunikation zu nutzen?

Es haben darüber nachgedacht, soziale Medien für die Kommunikation mit den Bürger/-innen nicht mehr zu nutzen

		ja %	nein %
insgesamt		29	69
Ost		31	68
West		28	70
Schleswig-Holstein		25	72
Niedersachsen		31	69
Rheinland-Pfalz		27	71
Bayern		29	68
Mecklenburg-Vorpommern		26	73
Thüringen		33	66
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	25	71
	1.000 bis unter 2.000	29	69
	2.000 und mehr	38	61
Beleidigungen bzw. Bedrohungen erlebt:	ja	37	60
	nein	23	74

Basis: Befragte, die soziale Medien zur Kommunikation mit den Bürger/-innen vor Ort nutzen;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

In Deutschland verschwinden immer mehr Lokalzeitungen, und in manchen Regionen gibt es gar keinen Lokaljournalismus mehr.

Zwei Drittel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (67 %) sehen im Rückgang des Lokaljournalismus eine große oder sehr große Gefahr für die Demokratie vor Ort.

30 Prozent sehen darin eine geringe oder keine Gefahr.

Der Rückgang des Lokaljournalismus – eine Gefahr für die Demokratie vor Ort?

Im Rückgang des Lokaljournalismus sehen für die Demokratie vor Ort eine

		(sehr) große Gefahr %	geringe/keine Gefahr %
insgesamt		67	30
Ost		65	33
West		69	28
Schleswig-Holstein		76	20
Niedersachsen		76	22
Rheinland-Pfalz		63	34
Bayern		72	27
Mecklenburg-Vorpommern		63	35
Thüringen		63	34
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	63	33
	1.000 bis unter 2.000	71	27
	2.000 und mehr	72	27

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

9 Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts

Für 41 Prozent der befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist dies ihre erste Amtszeit.

33 Prozent befinden sich aktuell in ihrer zweiten, 14 Prozent in ihrer dritten Amtszeit.

11 Prozent sind – ihre aktuelle Amtszeit eingeschlossen – bereits seit mindestens vier Amtszeiten als Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister tätig.

Je älter die Befragten sind, desto mehr Amtszeiten haben sie tendenziell hinter sich.

Bisherige Amtsdauer

Ihre aktuelle Amtszeit eingeschlossen sind bereits in ihrem Amt tätig

		eine Amtszeit	zwei Amtszeiten	drei Amtszeiten	vier Amtszeiten und mehr
		%	%	%	%
insgesamt	2024	44	30	14	13
	2026	41	33	14	11
Ost		40	31	18	11
West		41	33	14	12
Schleswig-Holstein		36	30	17	17
Niedersachsen		47	22	14	16
Rheinland-Pfalz		41	36	12	11
Bayern		43	34	16	7
Mecklenburg-Vorpommern		33	25	24	18
Thüringen		39	39	10	11
30 bis 39 Jahre		73	24	2	1
40 bis 49 Jahre		61	30	6	3
50 bis 59 Jahre		43	36	14	7
60 bis 69 Jahre		30	33	20	17
70 Jahre und älter		21	35	18	26

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

44 Prozent der befragten ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister planen aktuell, bei der nächsten Wahl wieder für das Amt zu kandidieren.

36 Prozent haben das derzeit nicht vor.

20 Prozent sind sich diesbezüglich noch unschlüssig oder möchten keine Angabe machen.

Die Bereitschaft zu einer erneuten Kandidatur ist bei den unter 40-jährigen Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern am größten und nimmt mit zunehmendem Alter bzw. mit der Zahl der Amtszeiten ab.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die mit den Rahmenbedingungen ihres Amtes zufrieden sind, geben häufiger an als die mit den Rahmenbedingungen weniger Zufriedenen, dass sie vorhaben, bei der nächsten Wahl wieder anzutreten.

In den beiden Bundesländern, in denen in diesem Jahr Kommunalwahlen stattfinden (Bayern und Niedersachsen) liegt der Anteil der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die wieder zur Wahl antreten (wollen), bei etwa zwei Dritteln.

Erneute Kandidatur bei der nächsten Wahl?

Es haben vor, bei der nächsten Wahl wieder zu kandidieren

		ja	nein	„weiß nicht“/ keine Angabe
		%	%	%
insgesamt	2024	51	33	16
	2026	44	36	20
<hr/>				
Ost		40	35	25
West		47	35	18
<hr/>				
Schleswig-Holstein		42	36	21
Niedersachsen		69	22	9
Rheinland-Pfalz		36	39	25
Bayern		65	34	1
Mecklenburg-Vorpommern		43	42	15
Thüringen		35	32	32
<hr/>				
Männer		46	35	19
Frauen		37	39	24
<hr/>				
30 bis 39 Jahre		63	14	23
40 bis 49 Jahre		57	17	26
50 bis 59 Jahre		56	23	21
60 bis 69 Jahre		35	48	17
70 Jahre und älter		15	72	12
<hr/>				
Zufriedenheit mit Rahmenbedingungen:	zufrieden	52	29	18
	unzufrieden	37	42	21
<hr/>				
Amtszeiten:	eine	61	18	21
	zwei	37	44	19
	drei und mehr	29	54	17

Unabhängig davon, ob sie selbst erneut kandidieren werden, hat weiterhin nur eine Minderheit (20 %) der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister generell den Eindruck, dass es in ihrer Gemeinde genügend geeignete Interessentinnen bzw. Interessenten für das Amt gibt.

Eine große Mehrheit (72 %) geht davon aus, dass ihre Gemeinde in dieser Hinsicht in Zukunft ein „Nachwuchsproblem“ bekommen wird.

Vergleichsweise noch am häufigsten berichten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern (36 %), dass es in ihrer Gemeinde noch genügend Interessenten für das Amt gebe.

Bekommt die Gemeinde ein „Nachwuchsproblem“?

		In ihrer Gemeinde		
		gibt es genügend Interessent/-innen für das Bürgermeisteramt	entsteht ein „Nachwuchsproblem“	„weiß nicht“/ keine Angabe
		%	%	%
insgesamt	2024	22	71	7
	2026	20	72	8
Ost		22	67	11
West		19	74	7
Schleswig-Holstein		17	80	3
Niedersachsen		16	82	2
Rheinland-Pfalz		13	77	10
Bayern		36	57	7
Mecklenburg-Vorpommern		22	68	10
Thüringen		10	83	7
Ortsgröße (Einwohner):	unter 1.000	18	72	10
	1.000 bis u. 2.000	23	71	6
	mindestens 2.000	20	73	7

In der zum Abschluss gestellten Frage, wie das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde zukünftig attraktiver gemacht werden könnte, fallen die Antworten weitgehend ähnlich aus wie vor zwei Jahren.

70 Prozent sind der Ansicht, dass eine bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale) am meisten dazu beitragen könnte, die Attraktivität des Amtes zu steigern. Über die Hälfte bzw. die Hälfte der Befragten meint dies auch von größeren individuellen Gestaltungsspielräumen (59 %), weniger Verwaltungstätigkeiten (55 %) und mehr ideeller Wertschätzung und Anerkennung (50 %).

Mehr als vier von zehn sind der Meinung, dass eine einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit (45 %) sowie mehr Entscheidungs- und Weisungsbefugnisse innerhalb der Verwaltung (43 %) das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde zukünftig attraktiver machen könnten.

Ein gutes Drittel (35 %) meint, dass eine Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit hier am meisten bewirken würde.

Wie könnte das Amt attraktiver werden? I

Folgende Maßnahmen könnten am meisten dazu beitragen, die Attraktivität des Amtes zu steigern:	insgesamt	
	2024 %	2026 %
bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale)	66	70
größere individuelle Gestaltungsspielräume	59	59
weniger Verwaltungstätigkeiten	52	55
mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung	48	50
einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit	43	45
mehr Entscheidungs- und Weisungsbefugnisse innerhalb der Verwaltung *	-	43
Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit	37	35
ein eigenes Büro und eine Sekretärin, die einem zuarbeitet *	-	22
besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe	11	16
bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratsitzungen)	15	14

* 2026 neu abgefragt;
Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

22 Prozent glauben, dass ein eigenes Büro und eine Sekretärin, die einem zuarbeitet, die Attraktivität des Amtes stark steigern könnte.

Weniger als 20 Prozent glauben, dass ein besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe (16 %) oder bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen) (14 %) am meisten dazu beitragen könnten, die Attraktivität des Amtes zu steigern.

Außer beim Vorschlag, das Amt in eine hauptamtliche Tätigkeit umzuwandeln, der von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Gemeinden mit mindestens 2.000 Einwohnern mehr als doppelt so häufig (58 %) für sinnvoll befunden wird als in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern (25 %), unterscheiden sich die Einschätzungen regional nicht fundamental voneinander.

Wie könnte das Amt attraktiver werden? II

Folgende Maßnahmen könnten am meisten dazu beitragen, die Attraktivität des Amtes zu steigern:

	insgesamt	Ost	West	Ortsgröße (Einwohner):		
				unter 1.000	1.000 bis unter 2.000	2.000 und mehr
	%	%	%	%	%	%
bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale)	70	71	68	69	71	71
größere individuelle Gestaltungsspielräume	59	60	60	57	60	63
weniger Verwaltungstätigkeiten	55	48	57	58	56	48
mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung	50	50	50	49	52	48
einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit	45	36	48	46	45	41
mehr Entscheidungs- und Weisungsbefugnisse innerhalb der Verwaltung	43	47	41	43	40	45
Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit	35	38	35	25	45	58
ein eigenes Büro und eine Sekretärin, die einem zuarbeitet	22	21	22	18	28	25
besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe	16	18	15	15	16	16
bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen)	14	14	14	15	13	14

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Jüngeren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister halten häufiger als die älteren eine einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit sowie bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen, für besonders geeignete Maßnahmen, um die Attraktivität des Amts zu steigern.

Wie könnte das Amt attraktiver werden? III

Folgende Maßnahmen könnten am meisten dazu beitragen, die Attraktivität des Amts zu steigern:	insgesamt	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 59 Jahre	60 bis 69 Jahre	70 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%
bessere finanzielle Kompensation (z.B. höhere Ausgleichszahlungen, verbesserte Rentenansprüche, Steuererleichterungen, Kinderbetreuungspauschale)	70	78	75	71	69	55
größere individuelle Gestaltungsspielräume	59	59	54	62	59	57
weniger Verwaltungstätigkeiten	55	51	51	56	59	52
mehr ideelle Wertschätzung und Anerkennung	50	55	49	53	48	46
einfachere bzw. häufigere Freistellung von der beruflichen Haupttätigkeit	45	71	58	49	38	24
mehr Entscheidungs- und Weisungsbefugnisse innerhalb der Verwaltung	43	53	43	44	40	41
Umwandlung des Amtes in eine hauptamtliche Tätigkeit	35	47	46	40	31	16
ein eigenes Büro und eine Sekretärin, die einem zuarbeitet	22	28	26	23	19	18
besserer Schutz gegen mögliche Anfeindungen und Übergriffe	16	15	19	18	13	12
bessere Möglichkeiten, das Amt auch von zuhause zu erledigen (z.B. digitale Ratssitzungen)	14	25	18	15	12	9

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

10 Zentrale Ergebnisse der Befragung 2026

Die Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen – Bürokratie als große Belastung

Wie in der letzten Erhebung 2024 zeigt sich bei der Gesamtzufriedenheit mit den Rahmenbedingungen unter den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern weiterhin ein gespaltenes Bild: Die Hälfte ist mit den Rahmenbedingungen alles in allem zufrieden, die andere Hälfte dagegen nicht.

Der zeitliche Aufwand für das Ehrenamt ist weiterhin sehr hoch: Knapp die Hälfte der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wendet in einer durchschnittlichen Woche mindestens 20 Arbeitsstunden für ihr Amt auf. Fast jede/r Vierte investiert sogar mindestens 30 Stunden in die Ausübung des Amts.

Wie in diesem Jahr erstmals ermittelt, verbringen die ehrenamtlichen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber dabei im Schnitt mehr als die Hälfte ihrer Zeit mit reinen Verwaltungsaufgaben. Und sieben von zehn berichten, dass dieser Anteil an Verwaltungsaufgaben in den letzten Jahren noch gestiegen sei.

Gleichwohl hält weiterhin eine knappe Mehrheit der Befragten es dennoch auch unter den derzeitigen Bedingungen grundsätzlich für sinnvoll, das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde ehrenamtlich auszuüben.

Allerdings äußert eine große Mehrheit der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Wunsch nach Entlastungen – insbesondere bei Verwaltungsaufgaben und beim Management von Fördermitteln.

Die strukturellen Rahmenbedingungen – Kooperation vor Ort weiterhin gut, aber ein drastischer Einbruch bei den eigenen Gestaltungsspielräumen

Eine unverändert große Mehrheit von über 80 Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bewertet die Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und die Kooperation der politischen Gruppen im Gemeinderat vor Ort positiv. Regelrecht eingebrochen ist hingegen gegenüber der letzten Befragung 2024 die Zufriedenheit mit den eigenen Gestaltungsspielräumen: War damit vor zwei Jahren noch die Hälfte der Ehrenamtlichen zufrieden, ist es aktuell nur noch ein Drittel.

Nochmals gesunken – von 38 auf 30 Prozent – ist auch der Anteil der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die die Finanzlage ihrer Gemeinde als gut bewerten.

Unverändert groß bleibt die Unzufriedenheit mit der Unterstützung durch die Landes- und Bundespolitik: Nur jede/r Zehnte fühlt sich durch die übergeordneten Ebenen des politischen Systems gut unterstützt.

Die alles überlagernde Herausforderung für die Kommunen – die prekäre Finanzlage

Die mit Abstand größte Herausforderung in den Gemeinden bleibt nach Auskunft der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wie bereits vor zwei Jahren die Finanzlage, die in diesem Jahr noch deutlicher alle anderen Herausforderungen in den Gemeinden überlagert. Mehrheitlich als große Herausforderungen sehen die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber daneben auch weiterhin die Umsetzung von Maßnahmen im Zuge der Energiewende (wenn auch mit sinkender Priorität), den demographischen Wandel, die Schaffung einer altersgerechten Gemeinde sowie den Fachkräftemangel.

Den dringendsten Investitionsbedarf sehen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch weiterhin – wie bereits 2024 – bei den Verkehrswegen vor Ort. Dahinter folgen Investitionen in Orte für Begegnung und Austausch sowie in den Unterhalt der Feuerwehr.

Die gesellschaftliche Stimmung vor Ort – weiterhin großes Vertrauen der Bevölkerung vor Ort und etwas abnehmender gesellschaftlicher Unmut

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die lokalen Akteure vor Ort bleibt aus Sicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch 2026 weiterhin sehr hoch: Neun von zehn sind der Meinung, dass die Mehrheit der Bevölkerung vor Ort Vertrauen zum Gemeinderat und zur Gemeindeverwaltung habe und acht von zehn sind der Meinung, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für notwendige politische Entscheidung Verständnis hat.

Rückläufig ist der Anteil der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, die über einen zunehmenden Unmut unter den Bürgerinnen und Bürgern berichten.

Weniger verbreitet als noch 2024 ist die Einschätzung, dass sich eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort für das politische Geschehen interessiert.

Etwas mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als noch 2024 berichten aktuell, dass es in ihrer Gemeinde demokratiefeindliche Tendenzen gebe.

Anerkennung und Wertschätzung im Amt – unverändert hohe Anerkennung durch die lokalen Akteure, rückläufige Wertschätzung durch die Medien

Die empfundene Anerkennung und Wertschätzung durch die lokalen Akteure – den Gemeinderat, die Bürgerinnen und Bürger und die Gemeindeverwaltung – bewegt sich unter den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf einem stabil hohen Niveau. Durch die Medien fühlen sich allerdings (mit aktuell 20 Prozent gegenüber 28 Prozent 2024) noch weniger wertgeschätzt als bereits vor zwei Jahren. Am geringsten bleibt weiter die empfundene Anerkennung durch die jeweilige Landesregierung mit 13 Prozent.

Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen

Wie in der letzten Befragung vor zwei Jahren berichten weiterhin vier von zehn Befragten, dass sie oder Personen aus ihrem privaten Umfeld schon einmal aufgrund ihrer Tätigkeit als Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden sind.

Bei acht von zehn der Betroffenen fand die Beleidigung oder Bedrohung im persönlichen Kontakt statt, bei etwas mehr als der Hälfte (auch) „digital“ – in Form von E-Mails, in sozialen Netzwerken oder in anderen digitalen Veröffentlichungen.

Leicht rückläufig ist der Anteil der Betroffenen, die häufig oder sehr häufig Anfeindungen oder Übergriffe erleben. Weiterhin knapp die Hälfte der Betroffenen fühlt sich durch die Anfeindungen und Übergriffe stark oder sehr stark belastet – betroffene Bürgermeisterinnen deutlich häufiger als ihre männlichen Kollegen.

14 Prozent aller ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie 33 Prozent der von Anfeindungen und Übergriffen Betroffenen haben aus Sorge um die eigene Sicherheit bzw. die ihrer Familie schon einmal konkret darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen.

Geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Bedrohungen und Übergriffen wären aus Sicht einer großen Mehrheit der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Unterstützung durch die Bundes- und Landespolitik, durch den Stadt- bzw. Gemeinderat und durch die kommunalen Spitzenverbände, aber auch eine Verschärfung des Strafrechts im Hinblick auf Beleidigungen und Bedrohungen.

Die Kommunikation vor Ort

Für die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind soziale Medien ein häufig genutztes Medium, um mit den Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde zu kommunizieren. Die andere Hälfte der Amtsträgerinnen und Amtsträger nutzt soziale Medien zur Kommunikation mit ihrer Gemeinde höchstens gelegentlich.

Knapp ein Drittel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die soziale Medien zur Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern nutzen, hat sich allerdings schon mit dem Gedanken getragen, darauf künftig zu verzichten. Überdurchschnittlich häufig berichten dies Befragte, die selbst von Beleidigungen und Bedrohungen betroffen sind.

Eine große Mehrheit von zwei Dritteln der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sieht im Rückgang des Lokaljournalismus und dem Verschwinden von Lokalzeitungen eine große Gefahr für die Demokratie vor Ort.

Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts – weiterhin ungewiss

Deutlich weniger als die Hälfte der ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (und damit weniger als vor zwei Jahren) plant aktuell, bei der nächsten Wahl wieder für das Amt zu kandidieren.

Die Zukunft des ehrenamtlichen Bürgermeisteramts ist weiterhin in einer Vielzahl der Kommunen ungewiss: So gehen aktuell wie auch 2024 sieben von zehn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister davon aus, dass ihre Gemeinde mangels geeigneter Interessentinnen und Interessenten für das Amt künftig ein „Nachwuchsproblem“ bekommen wird.

Und auch im Hinblick auf geeignete Maßnahmen, um das Amt künftig für potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten attraktiver zu gestalten, zeigt sich in der aktuellen Befragung eine ähnliche Priorisierung wie vor zwei Jahren: Eine bessere finanzielle Kompensation, größere individuelle Gestaltungsspielräume und eine Entlastung von Verwaltungstätigkeiten werden wie bereits 2024 als die drei wichtigsten Ansatzpunkte genannt, um die Attraktivität des Amts zu steigern.

Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern

Wie bereits in der ersten Befragung 2024 zeigen sich auch in diesem Jahr im Hinblick auf das „Lagebild“ und die berichteten Herausforderungen neben vielen Gemeinsamkeiten mitunter auch deutliche regionale Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

Im Hinblick auf die Rahmenbedingungen zeigen sich etwa die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Bayern und Schleswig-Holstein deutlich zufriedener als ihre Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz oder in Thüringen.

Die eigenen Gestaltungsspielräume werden von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Bayern – obwohl auch dort mit sinkender Tendenz – deutlich häufiger noch als gut bewertet als in allen anderen Bundesländern. Selbst mit der Unterstützung durch die Landes- und die Bundespolitik sind die Amtsträgerinnen und Amtsträger in Bayern noch deutlich zufriedener als etwa ihre Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz.

Unterschiede zeigen sich auch bei der Frage nach den zentralen Herausforderungen in den einzelnen Gemeinden. Während Strukturwandel, Abwanderung und demographischer Wandel überdurchschnittlich häufig in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern als große Herausforderung benannt werden, spielen diese Probleme in Schleswig-Holstein eine deutlich geringere Rolle. Wohnungsknappheit wiederum wird von einer Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Schleswig-Holstein als großes Problem benannt, aber nur von einer Minderheit in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Bei den Investitionsbedarfen zeigen sich in drei Bereichen recht große regionale Unterschiede: Während über 70 Prozent der Befragten in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern einen großen Investitionsbedarf bei der Ausstattung der Feuerwehr sehen, sagen die in Rheinland-Pfalz weniger als 30 Prozent. Investitionsbedarf bei Kindertagesstätten wird wiederum von mehr als der Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz gemeldet, aber nur von einem Fünftel in Mecklenburg-Vorpommern. Und während nur ein Viertel der Befragten in Schleswig-Holstein größeren Investitionsbedarf bei der digitalen Infrastruktur sieht, äußert in Thüringen mehr als die Hälfte der Befragten einen solchen Bedarf.

Bei der wahrgenommenen Anerkennung und Wertschätzung durch die eigene Landesregierung und auch die Medien fällt das Urteil der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber in Bayern weiterhin deutlich besser aus als in allen anderen Bundesländern.

Schließlich zeigen sich auch beim Thema Anfeindungen und Übergriffe mitunter recht große Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern. So hat von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Bayern knapp die Hälfte eigene Erfahrungen mit Beleidigungen und Bedrohungen im Amt gemacht, in Schleswig-Holstein aber weniger als ein Drittel. Und während sich in Schleswig-Holstein nur ein Zehntel aus Sorge um die eigene Sicherheit mit Rückzugsgedanken vom Amt trägt, tut dies in Thüringen ein Viertel der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Bei der Einordnung der Ergebnisse lohnt somit ein differenzierter Blick auf länderspezifische Unterschiede, die häufig deutlich größer ausfallen als zwischen „Ost“ und „West“.